

Zeitschrift: Mittex : die Fachzeitschrift für textile Garn- und Flächenherstellung im deutschsprachigen Europa

Herausgeber: Schweizerische Vereinigung von Textilfachleuten

Band: 84 (1977)

Heft: [2]

Rubrik: Volkswirtschaft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Volkswirtschaft

Undifferenzierte Kritik an den Konjunkturprognosen

Verschiedene Konjunkturprognosen privater Wirtschaftsstudienabteilungen, öffentlicher Ämter und wissenschaftlicher Institute sind in letzter Zeit unter Beschuss gekommen. Grund: Sowohl für 1976 wie für dieses Jahr scheint die Entwicklung der schweizerischen Volkswirtschaft da und dort allzu optimistisch eingeschätzt worden zu sein. Rechnete man mancherorts noch bis vor kurzem mit einem eindeutig positiven Realwachstum — freilich keineswegs mehr mit Zuwachsraten in der Grössenordnung jener der sechziger Jahre —, so verkündet jetzt beispielsweise die Schweizerische Gesellschaft für Konjunkturforschung für 1976 wie für dieses Jahr das «Wachstum Null». Und von seiten der Nationalbank beeilt man sich beizufügen, als allzu schlimm wäre eine solche Entwicklung nun auch wieder nicht zu beurteilen. In der Tat scheint die in den Jahren der Hochkonjunktur allenthalben lautstark vorgebrachte Erkenntnis, wonach ein rasches Wachstum einige Schattenseiten aufweise, schnell in Vergessenheit geraten zu sein.

Gewiss ist das Prognostizieren eine heikle Sache. Rechtfertigen indessen die objektiven Schwierigkeiten jeder Zukunftsbeurteilung die bisweilen recht hämische Kritik oder die Meinung, man käme durchaus — wenn nicht sogar besser — ohne ökonomische Prognosen aus? Kaum ein Wirtschaftspolitiker oder ein Unternehmer wird diese Ansicht heute noch vertreten, selbst wenn man einräumen muss, dass eindeutige Fehlprognosen zum Teil schwerwiegende Auswirkungen hatten. Finanz-, Sozial- oder Währungspolitik beispielsweise kann in der komplexen Volkswirtschaft der Gegenwart ohne ein möglichst exaktes Abwägen der mutmasslichen zukünftigen Entwicklungstrends zweifelsohne nicht zielkonform betrieben werden, was unter anderem den berechtigten Ruf nach wissenschaftlicher Fundierung der Wirtschaftspolitik erklärt. Aber auch Investitions-, Produktions- oder Preisentscheidungen in privaten wie öffentlichen Unternehmungen werden heute in der Regel auf Prospektivstudien abgestützt, deren Zeithorizont allerdings realistisch eingesetzt werden muss. In verschiedenen schweizerischen Wirtschaftszweigen hat man erlebt, wohin eine zu wenig zukunftsbezogene, stets bloss reaktive Unternehmungsleitung führen kann, und die Wahrscheinlichkeit ist gross, dass viele öffentliche Haushalte diese Erfahrung bald ebenfalls machen werden. Man erinnert sich an das Goethe-Wort: «Die rechte Zeit zum Handeln jedesmal verpassen, nennt ihr, die Dinge sich entwickeln lassen.»

Die Kontroverse um die Konjunkturprognosen geht überdies insofern am Problemkern vorbei, als bereits geringfügige Abweichungen in den Voraussagen schon mit ironischem Unterton kommentiert werden. (Wobei zuzugeben ist, dass viele Prognostiker an diesem Umstand selbst einen Teil der Schuld tragen, wenn sie nämlich ihre Berechnungen ohne «Streubereich» und auf Zehntel-

prozente genau veröffentlichen.) Was in bezug auf die Konjunkturentwicklung oft zuverlässig ermittelt werden kann, sind Trends. Und hier besteht in der Schweiz mittelfristig eine recht gute Übereinstimmung der Meldungen. Man ist sich weitgehend einig, dass wichtige Aufschwungimpulse — insbesondere die Investitionen und der Preiskonsum — in den kommenden Jahren gesamthaft nur noch schwach sein dürften und auch die Staatsausgaben keine erhebliche Steigerung mehr vertragen. Ob die Ausfuhr unter diesen Umständen als ausreichender Ausgleichsfaktor zum Tragen kommt, ist beispielsweise im Lichte der Frankenkursentwicklung, der neo-protektionistischen Strömungen im Welthandel und der Exportoffensive vieler Entwicklungsländer eine offene Frage. Einiges wäre für die Gestaltung der schweizerischen Wirtschaftspolitik (Stichwort: Konsolidierung statt Expansion) schon gewonnen, wenn allein diese notwendigerweise unpräzise Trendprognose in der breiten Öffentlichkeit vermehrt zur Kenntnis genommen würde. G. B.

Die Theorie des Sozialen Gleichgewichts

In seinem Bestseller «Gesellschaft im Ueberfluss» stellte der amerikanische Nationalökonom John K. Galbraith die «Theorie des Sozialen Gleichgewichts» auf. Sie besagt im wesentlichen, das Angebot an öffentlichen Dienstleistungen beziehungsweise an staatlichen Einrichtungen habe in den hochentwickelten Volkswirtschaften stets die Tendenz, hinter dem Angebot an privatwirtschaftlichen Gütern nachzuhinken. Im Grunde vertritt Galbraith mithin die These von einem Sozialen Ungleichgewicht zulasten des öffentlichen Subsystems, das an sich in jeder modernen Gesellschaft unbestritten seinen Platz hat. Daraus ergibt sich sein Postulat, die einseitige, gestörte Gewichtsverteilung in der privaten und der staatlichen Waagschale, diese «Quelle sozialen Missvergnügens und sozialer Missstände», sei zu beheben. Denn es sei sinnlos, immer mehr Automobile zu produzieren, den Strassenbau aber zu vernachlässigen; die Kinder in wahrhaft bewundernswerter Weise mit Fernsehen zu versorgen, ihnen aber keine adäquaten Schulen zu geben; den Nahrungs- und Genussmittelkonsum zu fördern, für die «Entsorgung» der darauf beruhenden Schäden indessen kein ausreichendes Gesundheitswesen zur Verfügung zu stellen und so weiter und so fort.

Die Theorie mutet recht anachronistisch an. Das ist indessen nicht verwunderlich, denn Galbraith schrieb sein Buch Mitte der fünfziger Jahre. Seither aber ist in den meisten westlichen Industriestaaten in bezug auf den Umfang und die Qualität des staatlichen «Produktsortiments» eine wahre Eskalation eingetreten. Sie zeigt sich — was zum Beispiel die Schweiz betrifft — unter anderem in der massiv erhöhten Staatsquote: Zwischen 1960 und heute stieg der Anteil der öffentlichen Haushalte am Bruttosozialprodukt um nicht weniger als zwei Drittel von 17,5 % auf 29 %. Bezieht man auch die öffentlichen Sozialwerke (insbesondere die Alters- und Hinterlassenenversicherung mit Ausgaben von 8,5 Mia Franken im abgelaufenen Jahr) sowie die Staatsbetriebe in die Betrachtung ein, so beläuft sich die «Bruttostaatsquote» gar auf 44 % gegenüber 28 % vor anderthalb Jahrzehnten.

Gewiss ist einzuräumen, dass während geraumer Zeit ein Nachholbedarf an öffentlichen Dienstleistungen bestand. In einzelnen Bereichen der Infrastruktur — am auffallendsten gerade im Gesundheits- und im Bildungswesen, teilweise auch im Verkehr — oder der Sozialversicherung ist dieser Nachholbedarf nun aber abgebaut und ein Stand erreicht, der vorderhand keinen weiteren Ausbau mehr erfordert — abgesehen davon, dass leere Kassen ihn auch kaum erlauben. Die Ansicht von Galbraith, wir würden «uns selbst grossartige Möglichkeiten versagen, wenn wir die Möglichkeit, den öffentlichen Sektor zu erweitern, nicht genügend ausnützen», erschiene aus heutiger und schweizerischer Optik geradezu als Sarkasmus. Je länger je mehr ist im Sozialen Gleichgewicht offensichtlich eine gefährlich starke Verschiebung zulasten des privaten Subsystems unserer Gesellschaft eingetreten.

G. B.

Rechnet man dazu noch die jährlichen Ausgaben für Skiausrüstungen und Zubehör von 250—300 Mio Franken, die Neuinvestitionen in Seilbahnen und Skiliften von 100 Mio Franken sowie teilweise den Bau von Ferienwohnungen, Appartementshäusern und Restaurationsbetrieben in diesen Gebieten von ca. 300—400 Mio Franken, dann ergibt sich ein jährlicher Gesamtbetrag des Wintersports an das Bruttosozialprodukt der Schweiz von rund 3,5 Mia Franken. Da diese Gelder überwiegend den Berggebieten zufließen, wirkt sich überdies der Wintersport in diesen Regionen entwicklungspolitisch äusserst positiv aus.

Die «PME» im Rampenlicht

Probleme der kleinen und mittleren Industrieunternehmen

Das Milliardengeschäft mit dem Wintersport

In der Schweiz werden jährlich über 250 Mio Franken für Ski-Ausrüstungen ausgegeben

Mit der Entwicklung des Skisports zum Volkssport sind auch Produktion und Absatz von Skis, Skizubehör und anderen Wintersportartikeln zu einem blühenden Geschäft geworden. Jährlich werden auf der ganzen Welt 5 Millionen Paar Skis und ebensoviele Bindungen und Skistöcke produziert und verkauft. Tausende von Wintersportgeschäften versorgen rund 35 Millionen Skifahrer mit Skis, Skischuhen, Skianzügen und sonstigem Zubehör, wofür weltweit jährlich insgesamt 5 Mia Franken aufgewendet werden dürften. Frankreich exportierte 1975 Skis und Ski-bindungen im Werte von über 350 Mio Schweizer Franken und die Gesamtausfuhr von Wintersportartikeln aus Oesterreich belief sich auf mehr als 400 Mio Franken.

In der Schweiz werden nach inoffiziellen Schätzungen jährlich in über 1000 Sportgeschäften und Kaufhäusern etwa 440 000 Paar Skis, davon 175 000 Paar Kinderskis, 350 000 Paar Skischuhe sowie eine ähnliche Anzahl Ski-anzüge verkauft. Die jährlichen Verbrauchsausgaben für Skiausrüstungen dürften aufgrund dieser geschätzten Verkaufszahlen etwa 250 bis 300 Mio Franken betragen. In der BR Deutschland werden die entsprechenden Ausgaben auf 500 Mio Franken geschätzt.

Jährlicher Beitrag von etwa 3,5 Mia Franken an die schweizerische Volkswirtschaft

Im Ferienland Schweiz bildet der Wintersport eine unentbehrliche Stütze des gesamten Fremdenverkehrs, der mit Einnahmen aus dem Auslandtourismus in Höhe von 5,4 Mia Franken (1975) der drittgrösste Exportzweig und gleichzeitig mit 150 000 Arbeitsplätzen nach der Metall- und Maschinenindustrie der grösste Arbeitgeber des Landes ist. Zusammen mit dem Inlandtourismus betragen 1975 die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr rund 9 Mia Franken. Davon entfielen etwa 50 % auf die Wintersaison. Gut die Hälfte dieses Betrages, d.h. ca. 2,5 Mia Franken, dürfte den eigentlichen Wintersportgebieten zugeflossen sein.

Gemäss dem aus dem Jahre 1974 stammenden «Konzentrationsbericht» der Kartellkommission war die schweizerische Industrie Mitte der sechziger Jahre (die Ergebnisse der Betriebszählung 1975 liegen noch nicht vor) durch eine wenig konzentrierte Unternehmungsstruktur gekennzeichnet. Der Anteil der Kleinunternehmen (weniger als 50 Beschäftigte) belief sich auf 37,6% des Gesamtbestandes der Erwerbstätigen, jender der mittleren Unternehmen (50 bis 499 Beschäftigte) auf 38,3%. Zusammen entfielen 1965 also mehr als drei Viertel der Beschäftigten auf die «Petites et moyennes entreprises» (PME), wie diese Unternehmen heute auch im deutschen Sprachgebiet bezeichnet zu werden pflegen, und seit 1955 war keine sehr ausgeprägte Konzentrationstendenz festzustellen. Nach Ermittlungen der Kartellkommission, die sich auf die Industriestatistik stützten, hat sich die Betriebskonzentration zwischen 1966 und 1971 nicht beschleunigt. Und trotz einigen spektakulären Fusionen prägen auch heute noch die kleinen und mittleren Wirtschaftseinheiten die schweizerische Industrielandschaft; von den ziemlich genau 10 000 Industriebetrieben, die 1975 in der Schweiz gemäss der Definition im Arbeitsgesetz registriert waren (Tausende von Betrieben mit weniger als 6 Arbeitnehmern sind danach nicht erfasst), beschäftigten fast 7000 weniger als 50 Personen und 2800 Betriebe zwischen 50 und 500 Personen. Lediglich 168 Betriebe standen mit mehr als 500 Arbeitnehmern zu Buch.

Allein schon die quantitative Bedeutung der PME rechtfertigt also eine eingehende Auseinandersetzung mit ihrer Stellung innerhalb der Schweizer Wirtschaft. Dennoch war es lange Zeit recht still um sie. Nun scheint nicht zuletzt die Rezession die kleinen und mittleren Unternehmen stärker ins Rampenlicht zu rücken. Allenthalben beschäftigt man sich in Vorträgen und Aufsätzen mit ihren Vor- und Nachteilen, und der «Vorort» hat sie zum Gegenstand einer detaillierten Enquête gemacht. In der Tat führen, wie darin ausgeführt wird, gewisse «natürliche Schwächen» der PME zu Schwierigkeiten, die bei der derzeit verschlechterten Wirtschaftslage umso stärker hervortreten.»

Wo liegen wesentliche Schwächen der Klein- und Mittelunternehmen? Erwähnt werden häufig Finanzierungsprobleme (begrenzter Zugang zum Kapitalmarkt), die Gefahr der Abhängigkeit von Grosskunden (die bei ungenügender Kapazitätsauslastung Zulieferer «fallen lassen» und ihre Eigenfabrikation ausdehnen), ein relativ geringes Marketing-Potential (das ein Ausweichen auf neue Export-

märkte oft erschwert), generell auch die Schwierigkeit, moderne Management-Methoden durchzusetzen (was unter anderem mit dem Nachwuchsproblem zusammenhängt). Daneben verdient aber ein weiterer Punkt, der vielfach übersehen wird, gebührende Beachtung: der Staatsinterventionismus, der in den letzten Jahren stark zugenommen hat. Behördliche Vorschriften im Bereich des Arbeitsmarktes, des Kreditmarktes, der Sozialgesetzgebung, des Aktienrechtes, des Gesundheits- und des Umweltschutzes scheinen sich, so sehr sie an sich erforderlich sein mögen, für viele PME negativer auszuwirken als für grosse, ja multinationale Konzerne, deren Spezialisten zudem im immer engeren Paragaphendickicht besser zurecht kommen.

Gewiss verfügen viele PME auch über eine ganze Anzahl Stärken, die ihre bedeutende bisherige Konzentrations-Resistenz erklären. Nachgerade erreichen die gesamten Belastungen aber ein Gewicht, das gerade die kleinen und mittleren Industrieunternehmen übermässig in ihrer Dispositionsfreiheit einzuengen droht. Darauf muss in einer Zeit der wirtschaftlichen Hektik in grösserem Mass geachtet werden, soll nicht ein Strukturwandel provoziert werden, dem mehr PME zum Opfer fallen, als aus wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Gründen erwünscht ist.

G. B.

Normen

Unbekannte Normung

Obwohl die Normung im täglichen Leben eine viel grössere Rolle spielt, als man in der breiten Oeffentlichkeit annimmt, weiss darüber nur ein relativ kleiner Kreis direkt interessierter Fachleute genau Bescheid. Dabei sind der Schweizerischen Normen-Vereinigung (SNV) als Dachorganisation des schweizerischen Normenwesens nicht weniger als 260 Verbände und Institute sowie öffentliche Betriebe und private Firmen angeschlossen. Diese grosse Zahl von Mitgliedern erklärt sich aus der Vielfalt der Normungsaufgaben: Sie reichen von der Festlegung der Formate für Schreibpapier und Couverts über die Vereinheitlichung von Schrauben und Muttern bis zu verbindlichen Richtlinien für technische Zeichnungen, die damit überall lesbar werden, oder

technischen Spezifikationen für die Beurteilung von Werkstück-Oberflächen aufgrund von Rauheitsmessungen... Wie ärgerlich sich die fehlende Normung auswirken kann, realisiert der Laie zumeist nur dann, wenn er beim Kauf von Ersatzteilen auf eine bestimmte Marke angewiesen ist. Beim Wechseln des Films für seinen Fotoapparat denkt er schon gar nicht daran, dass sowohl in bezug auf die Kamera wie auch die Transportvorrichtung und den Film selber eine internationale Normung vorgenommen werden musste. Weil die Filme unabhängig vom Fabrikat verwendbar sind, besteht für den Verbraucher in dieser Hinsicht kein Problem.

Nationale und internationale Bemühungen

Die Geschäftsstelle der SNV wird vom Normenbüro (NB) des Vereins Schweizerischer Maschinen-Industrieller betreut, das mit seinen 16 Mitarbeitern zugleich ausführendes Organ für Normungsaufgaben in der Maschinen- und Apparateindustrie ist. Ihm übergeordnet ist die vom Vorstand des VSM gewählte Normenkommission, die vorab für die Koordination und Ueberwachung der Tätigkeit der ihr unterstellten technischen Kommissionen (TK) — es sind ihrer über 40 — zuständig ist. In den nach dem Milizsystem organisierten TK arbeiten über 800 Personen mit; das Schwergewicht liegt bei ihnen auf der Erarbeitung neuer und der Revision bestehender Normen für genau umschriebene Arbeitsbereiche, wobei der Abstimmung mit der im Ausland betriebenen Normung besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Infolge der starken Exportabhängigkeit unserer Wirtschaft ist eine weltweite Harmonisierung der technischen Normen für die Schweiz besonders wichtig. Die aktive Mitarbeit in internationalen Gremien bildet deshalb einen weiteren Schwerpunkt in der Tätigkeit des VSM-Normenbüros und der technischen Kommissionen. Welchen Umfang die internationale Normungsarbeit angenommen hat, wird übrigens etwa an der Tatsache deutlich, dass im Rahmen der Internationalen Organisation für Normung (ISO) allein letztes Jahr mehr als 600 Sitzungen stattfanden, an denen insgesamt über 20 000 Delegierte aus aller Welt teilnahmen. In der gleichen Zeit wurden von der ISO, die ihre Arbeiten auf über 1600 verschiedene Gremien aufgeteilt hat, 605 neue Normen verabschiedet.

Grosse betriebs- und volkswirtschaftliche Bedeutung

Wie in einer kürzlich durchgeführten Untersuchung festgestellt wurde, erwachsen der Maschinenindustrie allein aus ihrer nationalen und internationalen Normungstätigkeit auf der Ebene des VSM Aufwendungen von jährlich gegen sechs Millionen Franken. In diesem Betrag sind die Kosten für die firmeninterne Normung, die ein Mehrfaches dieser Summe ausmachen, nicht inbegriffen. Dieses finanziell starke Engagement der Industrie lässt die Bedeutung erahnen, die der Normung in der Praxis zugemessen wird. Tatsächlich bildet sie eine unerlässliche Voraussetzung für die Rationalisierung und Automation der Produktion. Gleichzeitig können dank der Verringerung der Sortenzahl erhebliche Einsparungen erzielt werden, und zwar sowohl bei der Herstellung wie auch in bezug auf die Lagerhaltung. Ueberdies spielt die Normung für die Abschaffung technischer Handelshemmnisse international eine überragende Rolle, was ihr aus der Sicht der stark exportorientierten schweizerischen Industrie auch handelspolitisch eine besondere Bedeutung zukommen lässt. Ho.